

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

24	EA 59	145
----	-------	-----

Frauenfeld, 27. Mai 2025
Nr. 290

Einfache Anfrage von Marcel Wittwer, Aline Indergand, Beat Stump und Oliver Martin vom 2. April 2025 „Rechtsextremismus ein Problem – Linksextremismus kein Problem?“

Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Frage 1: Aufgrund welcher konkreten Kriterien wurde am 24. Juli 2024 eine Veranstaltung von Rechtsextremen durch die KAPO Thurgau verhindert?

Die Kantonspolizei Thurgau war konfrontiert mit dem Aufruf der Brothers of Honour für eine sehr grosse Veranstaltung angeblich in Süd-Deutschland, wobei von rund 1'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgegangen werden musste. Brothers of Honour ist eine militante rechtsradikale Vereinigung, die Blood and Honour zugerechnet wird. Blood and Honour wiederum ist eine gewaltbereite rechtsradikale Organisation und in Deutschland seit Jahren verboten. Dementsprechend hatte sich die Kantonspolizei für die Gewährleistung der Sicherheit bei einer Verlegung des Veranstaltungsortes in das Gebiet des Kantons Thurgau bereitzuhalten. Solche kurzfristigen Verlegungen des Veranstaltungsortes sind üblich. Bereits während der Anreise wurde der Veranstaltungsort durch die Kantonspolizei Thurgau erkannt und die Veranstaltung verhindert.

Frage 2: Gibt es im Kanton Thurgau auch linksextreme Veranstaltungen, die von den Behörden verhindert wurden?

Die letzte linksextreme Veranstaltung (Schwarzer Block, Revolutionärer Aufbau Zürich, Free-Erdogan-Demonstration) mit Gewaltbezug auf dem Gebiet des Kantons Thurgau sollte im Jahr 2006 stattfinden, wurde indessen mit einem grossen Polizeiaufgebot verhindert.

Das in der Einfachen Anfrage erwähnte Buch von Greta Thunberg darf aus Sicht des Regierungsrates in der Bibliothek einer pädagogischen Fachhochschule vorhanden sein. Das Verbot von Büchern widerspricht dem liberalen Bildungsideal und ist generell abzulehnen. Vielmehr gehört die Auseinandersetzung mit polarisierender Literatur zu einer Tertiärausbildung. Absolventinnen und Absolventen der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PHTG) sollen fähig sein, sich zu komplexen Phänomenen wie dem Klimawandel eine eigenständige Meinung zu bilden. Dazu gehört auch die kritische Reflexion über vereinfachendes, moralisierendes und teilweise totalitäres Gedankengut.

Frage 3: Welche rechtlichen Grundlagen und Kriterien wendet die Fedpol bei der Verhängung von Einreiseverboten an, wie etwa im Fall Martin Sellner?

Gemäss Art. 67 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG; SR 142.20) kann das Bundesamt für Polizei (fedpol) zur Wahrung der inneren oder der äusseren Sicherheit der Schweiz gegenüber Ausländerinnen oder Ausländern eine Einreisesperre verfügen. Welche Kriterien das fedpol dabei anwendet, entzieht sich den Kenntnissen des Regierungsrates. Im Übrigen hat die Kantonspolizei Thurgau in der Angelegenheit betreffend Einreisesperre für Martin Sellner im Herbst 2024 dem fedpol keinen entsprechenden Antrag gestellt, weshalb in dieser Angelegenheit keine genaueren Angaben möglich sind.

Frage 4: Wie beurteilt die Regierung die Gründung der Revolutionären Kommunistischen Partei im Jahr 2024?

Die Kantonspolizei Thurgau befasst sich mit Straftaten, die von Personen begangen werden, und mit dem Schutz von Rechtsgütern. Mit politischen Gruppierungen kann sich die Kantonspolizei nur ausnahmsweise auseinandersetzen, nämlich dann, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass gewalt-extremistische Tätigkeiten vorbereitet oder durchgeführt werden. Solche Anhaltspunkte lagen im Zusammenhang mit der Gründung der Revolutionären Kommunistischen Partei nicht vor. Straftaten sind der Kantonspolizei diesbezüglich ebenfalls nicht bekannt, weshalb in dieser Angelegenheit auch für den Regierungsrat kein Handlungsbedarf besteht.

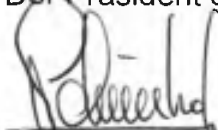
Frage 5: Wie beurteilt die Regierung die Teilnahme der früheren SP Thurgau-Kampagnenleiterin Giulia Saam an der antisemitisch motivierten Demonstration vom 22. März 2025 in St. Gallen?

Die Kantonspolizei und der Regierungsrat beschäftigen sich mit der Sicherheit der Bevölkerung auf dem Gebiet des Kantons Thurgau. Informationen zur Teilnahme von Giulia Saam an einer Demonstration in St. Gallen konnten lediglich den Medien entnommen werden. Dies gilt auch für die Information, wonach die Kantonspolizei St. Gallen

3/3

Ermittlungen gegen Giulia Saam aufgenommen habe. Es ist somit nicht Sache der Behörden des Kantons Thurgau, diese Angelegenheit zu beurteilen.

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

